



Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 11.12.2009

Achtung!
Geänderte Anfangszeit!!!!

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 17. Dezember 2009, um 14:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen

ANTRÄGE AUS DER NOVEMBER-SITZUNG

3. 09-F-25-0100

Starke Stadt für Studis III "Zentraler Campus der Hochschule Rhein-Main"
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 10.11.2009 -

Die Hochschule Rhein-Main teilt sich in Wiesbaden in drei Standorte auf. Die betriebswirtschaftlichen Studiengänge befinden sich in der Bleichstraße, Studierende der Architektur, der Ingenieurwissenschaften und der Informatik sind am Kurt-Schumacher-Ring untergebracht, während die Medien-Studiengänge im Bereich Unter den Eichen angesiedelt sind. Die jeweiligen Standorte sind mehrere Kilometer voneinander entfernt.

Aus den Gesprächen mit dem Präsidenten und Dekanen der Hochschule ging als ein wesentliches Ergebnis hervor, dass der Standort am Kurt-Schumacher-Ring noch erhebliches Entwicklungspotential aufweist. Der immer weiter steigenden Bedeutung der Hochschule Rhein-Main wird dieser Standort in städtebaulicher Hinsicht aber nicht gerecht. Mit der gemeinsam formulierten Idee eines zentralen Campus könnte sich die Hochschule mittel- bis langfristig auch baulich als Anziehungspunkt etablieren. Dies insbesondere vor dem Hintergrund neuer Studiengänge und Institute und der Notwendigkeit, auf die stetig steigende Studierendenzahl mit einem verbesserten Raumangebot zu reagieren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt den weiteren Ausbau und die Umgestaltung der Hochschule Rhein-Main am Standort Kurt-Schumacher-Ring.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden begrüßt die Idee eines zentralen Campus an diesem Standort.
3. Der Magistrat wird gebeten, ein entsprechendes Kooperationsprojekt mit den Fachprofessoren der Bereiche Architektur, Bauingenieurwesen, Umwelt- und Raumplanung sowie weiterer Fachdisziplinen aufzulegen.
4. Nach Festlegung der Rahmenbedingungen des Kooperationsprojektes sollen in der Folge Einzelprojekte für die Studierenden der verschiedenen Fachrichtungen unter Betreuung der Professoren und mit Unterstützung der Landeshauptstadt Wiesbaden initiiert werden. Vor Beginn der Planung von Einzelprojekten sind die erarbeiteten Rahmenbedingungen den städtischen Gremien vorzulegen, und durch den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr und die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen. Auch über den Fortgang der Einzelplanungen ist dem zuständigen Ausschuss regelmäßig Bericht zu erstatten.
5. Die Studierenden sollen mit diesem Projekt für den eigenen Standort sensibilisiert werden. Deswegen sollten alle studentischen Aktivitäten im Rahmen des Projektes „Zentraler Campus“ folgende Randbedingungen berücksichtigen:
 - die besondere Sensibilität des Standortes hinsichtlich Umwelt und Klima, insbesondere hinsichtlich der Erhaltung des Kleingartenbestands
 - bauliche Erweiterungsoptionen für ein verbessertes Studienangebot
 - Verbesserung der städtebaulichen Wahrnehmung des Standortes
 - optionale Integration zusätzlicher Wohnangebote für die Studierenden
 - Beachtung der Grundsätze für nachhaltiges Bauen
 - verbesserte verkehrliche Anbindung etc.

4. 09-F-04-0006

Verhinderung der Infektionsgefahr mit multiresistenten Keimen (MRSA) in den städtischen Kliniken

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 10.11.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird aufgefordert zu folgenden Punkten zu berichten:

1. Gab es im Jahr 2008 einen oder mehrere Todesfälle wegen MRSA in den HSK?
2. Gibt es regelmäßige Personalschulungen hinsichtlich der Gefahren von MRSA und der Unterbrechung von Übertragungswegen?
3. Wie hoch sind die zu veranschlagenden Kosten bei Erreichung eines den Niederlanden vergleichbaren Standards in der Bekämpfung von MRSA-Infektionen?

5. 09-F-07-0029

Stadtmuseum

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 27.10.2009 -

Der geplante Bau eines Stadtmuseums hat sich in unvertretbarer Weise verteuert. Die Einsparungsvorschläge der Dezernentin kommen nicht wesentlich unter eine Bausumme von 30 Millionen Euro und bringen am Baukörper gravierende Verschlechterungen. In der Kommunalpolitik herrscht eine gewisse Ratlosigkeit: man will das Stadtmuseum, aber eben nicht für diesen Preis. Andererseits gibt es in der Bevölkerung starken Widerstand gegen das Projekt, der sich einerseits gegen die hohen Kosten, andererseits aber auch gegen die Architektur richtet. Viele Bürger sind der Meinung, daß das Geld besser für Schulanerweiterungen ausgegeben werden sollte. Bei einem so wichtigen und so umstrittenen Projekt wäre es ratsam, das Votum der Bürgerschaft einzuholen.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. durch eine Befragung das Votum der Wiesbadener Bürger zum Stadtmuseum in der jetzt vorgesehenen Form einzuholen, um dann über die Weiterverfolgung des Projektes zu entscheiden;
2. Alternativen zum Neubau eines Stadtmuseums zu prüfen, speziell die Frage zu klären, ob das Stadtmuseum in der leerstehenden Mauritius-Galerie untergebracht werden könnte.

ANLAGE

6. 09-F-06-0053

Weihnachtsbeihilfe für Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 10.11.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat trifft Vorkehrungen, um allen Personen, die Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII erhalten, eine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren.

Die Weihnachtsbeihilfe soll für jede berechnete Person 50,- Euro betragen. Eine Unterscheidung zwischen Erwachsenen und Kindern soll nicht vorgenommen werden.

7. 09-F-04-0007

Unterstützung der nachhaltigen ökologischen Landwirtschaft durch zunehmenden Ersatz konventionaler Produkte durch biologische in städtischen Küchenbetrieben
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 10.11.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird aufgefordert künftig dafür Sorge zu tragen, verstärkt konventionelle landwirtschaftliche Produkte durch biologische in städtischen Küchenbetrieben zu ersetzen.

In sechs Monaten ist der Stadtverordnetenversammlung über die Umsetzung dieses Zieles zu berichten.

8. 09-F-06-0054

Unterstützung der Erklärung der Wiesbadener Liga der freien Wohlfahrtspflege zum Haushalt 2010/2011
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 10.11.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt voll und ganz die Erklärung der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Wiesbaden und fordert mit ihr:

- Keine Kürzungen im Sozialbereich!
- Erhaltung des sozialen Friedens durch eine weiterhin engagierte Sozial- und Wirtschaftspolitik!
- Umsetzung der tariflichen Erhöhungen im sozialen- und Erziehungsdienst in den städtischen Zuschüssen!
- Zügiger Ausbau der Kinderbetreuung zur Verwirklichung des Rechtsanspruches!

9. 09-F-01-0109

Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Entwurf einer neuen Landschaftsschutzgebietsverordnung
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.11.2009 -

Laut Bericht des Magistrats wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgefordert, zu dem Entwurf über die Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet des Regierungspräsidiums Darmstadt (RP) eine Stellungnahme abzugeben. Nachdem ein erster Abgabetermin nicht eingehalten werden konnte, erhielt die Stadt laut Magistrat eine Fristverlängerung, diese dem Vernehmen nach bis zum 20.11.2009.

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit hat am 1.9.2009 einstimmig beschlossen:

Der Ausschuss stellt fest, dass die Festlegung des Landschaftsschutzgebietes für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine wichtige Funktion für den Schutz von Feld, Wald und Flur darstellt und die Proklamation eines solchen Gebietes in jedem Fall der Imagepflege einer grünen Stadt dient und damit belegt, dass Umweltschutz und -pflege für die hessische Landeshauptstadt kein Lippenbekenntnis ist. Der Ausschuss fordert daher den Magistrat auf, dringend tätig zu werden und alles in seiner Macht stehende zu tun, die Einführung des Landschaftsschutzgebietes zu beschleunigen.

In dieser Sitzung wurde seitens des Magistrats zugesagt, dass spätestens zum nächsten Sitzungszug in den Gremien die besagte Stellungnahme diskutiert werden solle.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- warum er den parlamentarischen Gremien bisher keine Stellungnahme zur Landschaftsschutzgebietsverordnung des RP vorgelegt hat;
- wann er diese Stellungnahme, die dem Vernehmen nach am 20.11.2009 beim Regierungspräsidium eingereicht werden muss, den städtischen Gremien zur Abstimmung vorzulegen gedenkt;
- ob er die Stellungnahme fristgerecht beim Regierungspräsidium einreichen wird.

10. 09-F-06-0057

Gestoppte Sanierungsmaßnahmen an der Kerschensteinerschule und Comeniusschule sofort wieder aufnehmen und zügig zu Ende führen!
- Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 18.11.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die gestoppten Baumaßnahmen an der Kerschensteinerschule und an der Comeniusschule werden unverzüglich wieder aufgenommen und wie geplant zügig zu Ende geführt.

Angesichts der Haushaltslage haben diese Sanierungsmaßnahmen Priorität vor dem Neubau eines Stadtmuseums.

Die Beratungen ab TOP 11 erfolgen nicht vor 16.00 Uhr.

11. FRAGESTUNDE

12. 09-V-20-0064

DL 43/09-3, 41/09-1 , 40/09-1 , 36/09-7

Entwurf des Haushaltsplanes 2010/2011
2. Lesung
Berichterstatter: Stadtv. Oschmann

ANLAGE

13. 09-V-20-0067

DL 41/09-2, 40/09-2 , 32/09-8

Entwurf des Haushaltsplans 2010/2011 - Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften

14. 09-V-20-0076

DL 41/09-3, 40/09-3 , 36/09-8

Entwurf Haushaltsplan 2010/2011 - Schriftliche Anhörung der Ortsbeiräte

15. 09-V-20-0078

DL 36/09-9

Entwurf Haushaltsplan 2010/2011 - Anträge der Ortsbeiräte

16. 09-A-02-0007 **DL 36/09-2**

Haushaltsansatz für die Kostenstellen "StVV", "Fraktionen" und "Amt der StVV" für den Doppelhaushalt 2010/2011

ANLAGE

17. 09-V-11-3003 **DL 36/09-6**

Stellenplan 2010 / 2011

ANLAGE

18. 09-V-70-0007 **DL 36/09-13**

Wirtschaftspläne 2010/2011 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

19. 09-V-82-0010 **DL 38/09-1**

Wirtschaftsplan 2010/2011 der TriWiCon

20. 09-V-86-0006 **DL 38/09-2**

Wirtschafts- und Mittelfristplanungen des Eigenbetriebes mattiaqua

NEUE ANTRÄGE

21. 09-F-25-0110

Kleinere Gruppen, mehr Erzieher: Konnexitätsprinzip bei Umsetzung der Kita-Mindestverordnung einhalten!

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.12.2009 -

Um dem Anspruch auf mehr Qualität in der Kinderbetreuung, einer verstärkten Bildungsorientierung sowie den veränderten Arbeitsbedingungen in den Betreuungseinrichtungen Rechnung zu tragen, hat die Landesregierung zum 1. September 2009 verbesserte Standards festgelegt. Diese sehen kleinere Gruppen und mehr Personal vor, das sich um die Kinder kümmert. Dabei gilt eine Übergangszeit bis Herbst 2012. Gleichzeitig hat die Landesregierung zugesagt, Kommunen und freien Trägern die dadurch entstehenden Mehrkosten zu erstatten. Die Konkretisierung dieses Erstattungsverfahrens steht noch aus.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Auswirkungen der neugefassten Mindestverordnung des Landes auf die Wiesbadener Kindertageseinrichtungen darzustellen, insbesondere hinsichtlich
 - + der Anzahl zusätzlich einzurichtender Gruppen (differenziert nach Betreuungsform sowie städtischer bzw. nicht-städtischer Trägerschaft)
 - + des zusätzlichen Fachkräftebedarfs
 - + der damit verbundenen Mehraufwendungen
2. über die bisher erfolgten Schritte zur Umsetzung zu berichten, speziell im Hinblick auf die Gewinnung zusätzlichen Fachpersonals.
3. bei der Landesregierung mit Nachdruck auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu dringen. Dazu ist das Erstattungsverfahren für die Mehraufwendungen aufgrund der neuen Mindestverordnung umgehend festzulegen. Die Erstattung beginnt mit dem Zeitpunkt, sobald die jeweilige Kommune die neuen Standards erfüllt.

22. 09-F-01-0116

Reaktivierung der Aartalbahn

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.12.2009 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich weiterhin für eine Reaktivierung der Aartalbahn aus.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wartet daher nicht auf die Vorlage eines neuen Nahverkehrsplanes durch den Rhein-Main-Verkehrsverbund, sondern beginnt gemeinsam mit dem Rheingau-Taunus-Kreis aktiv mit den Vorplanungen zur Reaktivierung der Aartalbahn.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Wirtschaftlichkeit des Betriebs der Strecke gegeben ist, wenn die beteiligten Kommunen einen Investitionskostenzuschuss leisten.
4. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die zur Reaktivierung der gesamten Aartalbahn-Strecke zu beantragenden Regionalisierungsmittel ab 2014 seitens des Bundes überprüft werden sollen und daher eine rechtzeitige Vorplanung erforderlich ist, damit die bis 2014 vorhandenen Mittel in Anspruch genommen werden können.
5. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung innerhalb der nächsten drei Monate ein Konzept über die Vorgehensweise zur Reaktivierung der Aartalbahn vorzulegen.

23. 09-F-25-0111

Baumarten dem Klimawandel anpassen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.12.2009 -

Vorbemerkung:

Derzeit tagt in Kopenhagen die UN-Klimakonferenz, deren Ziel es ist, den Ausstoß von Treibhausgasen so weit zu mindern, dass die Zunahme der Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt bleibt. Selbst, wenn dieses Ziel von allen Beteiligten mitgetragen wird, wirken sich die beschlossenen Maßnahmen nicht von heute auf morgen aus. Auch lassen sich derzeit schon eingetretene klimatisch bedingte Veränderungen nicht, oder nur schwer, rückgängig machen.

Mit diesem Wissen, richtete die Landesregierung im Oktober 2008 im Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie in Wiesbaden das „Fachzentrum Klimawandel Hessen“ ein. Der Fokus des Fachzentrums liegt auf den vielfältigen gegenwärtigen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels in Hessen. Das frühzeitige Entwickeln von Anpassungsstrategien und -maßnahmen soll drohende Beeinträchtigungen und Schäden begrenzen und gegebenenfalls positive Entwicklungen aufzeigen.

Für die Stadt Frankfurt liegen Untersuchungen des nationalen Wetterdienstes vor, die eine höhere Anzahl von heißen (> 30°C) und tropischen Nächten (>20°C) vorhersagen. Nicht nur Menschen und Tiere sind die Leidtragenden von solchen klimatischen Veränderungen, auch Bäume leiden unter diesen Bedingungen. Sie werden anfälliger für Baumkrankheiten, die sich wiederum aufgrund der schon vorhandenen Erwärmung zunehmend ausbreiten, wie zum Beispiel die Miniermotte und die Massaria-Krankheit. Somit muss zunehmend über den Schutz von bestehenden und über die neu zu pflanzenden Arten nachgedacht werden. Dabei ist eine große Baumartenvielfalt aus ökologischer Sicht sinnvoll.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- zu berichten, wie schon derzeit im Bereich der Wiesbadener Forstwirtschaft der Klimawandel bei Neupflanzungen berücksichtigt wird.
- Maßnahmen zu ergreifen um die vorhandenen Baumarten so weit wie möglich zu erhalten.
- zukünftig beim Pflanzen von Bäumen solche auszuwählen, die sowohl den Klimaherausforderungen der Zukunft gewachsen, als auch aus ökologischer Sicht von Vorteil sind. Dabei sollen die Belange des Denkmalschutzes für historische Alleen beachtet werden.
- für die Umsetzung ein Konzept zu erarbeiten, das diese Punkte beinhaltet.

24. 09-F-06-0061

Resolution zur Solidarität mit den Opel-Beschäftigten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 09.12.2009 -

Angesichts der drohenden Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen bei Opel stellt die Stadtverordnetenversammlung fest:

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und verkündet wurde, heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

Der von der Unternehmensleitung von General Motors angekündigte Abbau von mehreren Tausend Arbeitsplätzen bei Opel, darunter etwa 2500 Arbeitsplätzen am Standort Rüsselsheim, ist eine massive Verletzung der von den UN verkündeten Menschenrechte.

Die besondere Betroffenheit auch unserer Stadt, in der nicht wenige Opelbeschäftigte wohnen, bestärkt die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen diese Arbeitsplatzvernichtung zu protestieren und ihre Solidarität mit den Opel-Beschäftigten und ihren Familien zu bekunden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister und den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden auf, ihrem Beispiel zu folgen, ihrem Protest gegen die von der GM-Unternehmensführung geplante Arbeitsplatzvernichtung Ausdruck zu verleihen, mit den Opel-Beschäftigten Solidarität zu zeigen und alles in ihren Möglichkeiten Stehende zu unternehmen, damit diese tausendfache Arbeitsplatzvernichtung verhindert wird.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **09-F-04-0004** **DL 36/09-3**

Erhöhung der Zahl der Ordnungskräfte und Ausdehnung der Kontrolltätigkeit in den Nachtstunden und am Wochenende
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 24.06.2009 -

ANLAGE

2. **09-V-01-0017** **DL 43/09-1**

Planungen Platz der Deutschen Einheit
Sachstandsbericht und Bereitstellung von Finanzmitteln zur Durchführung der notwendigen Verfahren

3. **09-V-10-0025** **DL 39/09-1**

Bürgerbegehren nach § 8 b Hessische Gemeindeordnung (HGO) - " Pro Schierstein "

ANLAGE

4. **09-V-11-3002** **DL 36/09-5**

Sicherung der Ausbildungsplätze: Budgetzusetzung 2010/2011

5. **09-V-14-0004** **DL 43/09-2**

Vergabe von Prüfaufträgen an Dritte / Beteiligung des Revisionsamtes

6. **09-V-20-0066** **DL 43/09-4**
Konjunkturprogramme Bund und Land ; finanzielle Auswirkungen
7. **09-V-20-0082** **DL 40/09-4**
Stationäre Altenpflege unter kommunaler Trägerschaft; Haushaltsanmeldung 2010/2011
8. **09-V-36-0001** **DL 39/09-2**
Abtrennung der Bäche Wellritzbach und Kesselbach von der städtischen Mischwasserkanalisation
9. **09-V-36-0020** **DL 39/09-3**
Abtrennung des Dambachs von der städtischen Mischwasserkanalisation
10. **09-V-40-0043** **DL 43/09-5, 42/09-1**
Medieninitiative Schule@Zukunft - Vereinbarung über die Laufzeitverlängerung der bilateralen Vereinbarung für die Jahre 2007 bis 2008
11. **09-V-40-0045** **DL 43/09-6**
Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen 2010 / 2011
12. **09-V-41-0009** **DL 36/09-10**
Neubau Stadtmuseum Wiesbaden Wilhelmstraße 1 - Ausführungsvorlage
ANLAGE
13. **09-V-41-0023** **DL 40/09-5**
Kunstsommer 2010
14. **09-V-51-0024** **DL 36/09-11**
2. Ausbaustufe Mobile Jugendarbeit in den östlichen Vororten Wiesbadens, Zusetzung erforderlicher Mittel, bedarfsgerechte Besetzung der vorhandenen Planstellen bei 51.510431
ANLAGE

15. **09-V-51-0025** **DL 40/09-6**
Ausbau des Ferienprogramms der Abteilung Jugendarbeit; Anmeldung zum Stellenplan
ANLAGE
16. **09-V-51-0029** **DL 40/09-7**
Schülerhilfe in Kinder-, Jugend- und Gemeinschaftszentren; Anmeldung zum Stellenplan 2010/2011
17. **09-V-51-0033** **DL 40/09-8**
Einrichtung von Schulsozialarbeit einschließlich Kompetenz-Entwicklungs-Programm an weiteren 8 Wiesbadener Schulen
ANLAGE
18. **09-V-51-0049** **DL 36/09-12**
Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung; Bereitstellung der Ressourcen für Aufgabenzuwachs
19. **09-V-51-0058** **DL 43/09-7, 42/09-2**
Ersatzneubau Kindertagesstätte Hasengarten; Genehmigung von üpl. Mitteln
20. **09-V-51-0068** **DL 43/09-8**
AWO, Kindertagesstätte "Unter den Eichen "; Ersatzneubau und Erweiterung
ANLAGE
21. **09-V-52-0015** **DL 39/09-5**
Nutzung der BRITA-Arena ab 01.07.2012
ANLAGE
22. **09-V-61-0046** **DL 40/09-9**
Namentliches Gedenken Michelsberg - Kostenberechnung
23. **09-V-66-0101** **DL 43/09-10**
Werbenutzungsvertrag - Weiteres Vorgehen

- 24. 09-V-66-0211** **DL 39/09-7**
Anbindung der Westfalenstraße an den Knotenpunkt B 455/ Leipziger Straße und Abhängen der Rheinlandstraße von der B 455 im Zuge des 4-streifigen Ausbaus der B 455 in Wiesbaden-Bierstadt
- 25. 09-V-66-0230** **DL 43/09-11**
Susannastraße - Fahrbahnteiler am Ortseingang in Wiesbaden-Igstadt
- 26. 09-V-66-0244** **DL 39/09-8**
Am Holderstrauch/Hofäckerstraße; Umgestaltung der Kreuzung
- 27. 09-V-66-0245** **DL 43/09-12**
Regionalpark Wegebau
- 28. 09-V-66-0319** **DL 40/09-10**
Frostschadenprogramm in Wiesbaden - zusätzliche Mittel
- 29. 09-V-66-0324** **DL 39/09-9**
Fußgängerunterführung am Bahnhofplatz - Kostendarstellung und Finanzierung
- 30. 09-V-67-0017** **DL 40/09-11, 28/09-16, 27/09-16**
Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben beim Projekt "67 Erweiterung Friedhof Breckenheim"
- 31. 09-V-80-8010** **DL 43/09-13**
EU-Dienstleistungsrichtlinie - Umsetzung der Vorgaben für den einheitlichen Ansprechpartner bei der Landeshauptstadt Wiesbaden

Tagesordnung III

- 1. 09-V-51-0071** **DL 39/09-4**
Nachwahl eines stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

2. 09-V-61-0050

DL 43/09-9

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Campus Klarenthal" im Ortsbezirk Klarenthal -
Satzungsbeschluss -

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. 09-V-03-0014

DL 39/09-1 NÖ

Änderung Gesellschaftsvertrag

2. 09-V-80-2339

DL 40/09-1 NÖ

Verkauf von Grundstücken

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung statt:

3. Weiteres Vorgehen Künstlerviertel

UNTERLAGEN werden nachgereicht

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hinweis:

Ab 20.00 Uhr ist das vorweihnachtliche Zusammensein geplant.

Nickel
stellv. Stadtverordnetenvorsteher